



*Die Bedeutung von
(Chancen-)Gerechtigkeit*
Eine philosophische Perspektive
Marit Rullmann

*Diskriminierung in der Statistik
sichtbar machen*
Ein Interview mit Dr. Linda Supik

(Bildungs-)Gerechtigkeit von Anfang an
Das Krefelder „Haus der Bildung“

Die Transferagentur NRW im Gespräch mit
dem Krefelder Dezernenten Markus Schön
und Bildungsbüroleiterin Katrin Weisker

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Editorial

Welchen Beitrag leistet Bildung zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft? Oder umgekehrt: wie verhindert oder erschwert Bildung die Schaffung einer gerechten Gesellschaft? Dass wir es hier mit einem Bedingungsgefüge zu tun haben, wird niemand ernsthaft bestreiten. Wie genau Bildung zu Gerechtigkeit führt oder Gerechtigkeit verhindert – dazu gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Vor allem gibt es divergierende Vorstellungen von „Gerechtigkeit“. Was aber alle Bildungsakteure nach wie vor beunruhigt, ist der in zahlreichen Untersuchungen bestätigte Befund, wonach Bildungserfolg und soziale Herkunft bei uns sehr eng miteinander korrelieren. Unser Bildungssystem scheint nur eingeschränkt in der Lage zu sein, Wesentliches zu einem sozialen Ausgleich beizutragen.

Marit Rullmann weist in ihrem einführenden Artikel in diesem Magazin zu Recht darauf hin, dass Gerechtigkeit sich nicht in „Chancengerechtigkeit“ erschöpfen kann. Die Lebensverhältnisse der Menschen in Deutschland sind unterschiedlich – gemessen am materiellen Wohlstand driften sie aktuell stark auseinander und extreme soziale Ungleichheit wird immer als Mangel an Gerechtigkeit empfunden. Wenn unter sehr unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen existierenden Individuen gleiche Bildungsmöglichkeiten geboten werden, ist nicht per se zu erwarten, dass sich dadurch die Lebensverhältnisse angleichen. Auch in der Bildung gilt: Ungleiches ist ungleich zu behandeln. Wer also durch Bildung mehr Gerechtigkeit schaffen will, braucht vor allem einen Blick für die Ungleichheit von Lebenslagen.

Die Aufmerksamkeit für schwierige Lebensumstände und wie Bildung auf sie reagiert, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen – das ist der rote Faden dieses Magazins. Menschen, die nicht oder kaum lesen und schreiben können, Kinder, die in Armut aufwachsen, Familien, in denen das Miteinander von Eltern und Kindern zum Problem wird, Bewohner*innen benachteiligter Quartiere, sie alle haben es schwer im Bildungssystem, gerade für sie ist Bildung aber eine riesen Chance, um ihre Lebensumstände zu verbessern.

An dieser Stelle setzt datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement an: Bildungsmonitoring identifiziert und beschreibt die Ungleichheiten, Bildungsnetzwerke koordinieren die Aktivitäten von Institutionen für benachteiligte Zielgruppen, Kommunen schaffen die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung von sozial-inklusiven Bildungseinrichtungen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen des TRANSFERjournals.

Johannes Schnurr
Transferagentur NRW



Inhalt

4

Die Bedeutung von (Chancen-)Gerechtigkeit
Eine philosophische Perspektive



Marit Rullmann

Was ist eigentlich Gerechtigkeit? Dieser philosophischen Frage geht Marit Rullmann nach und betrachtet die Bedeutung von Gerechtigkeit von der Antike bis heute.

„Durch die Verbesserung ihrer Kompetenzen erobern sie sich auch andere Alltagsbereiche zurück.“

18

Der Verein Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. engagiert sich für die Grundbildung von Erwachsenen

Rund 6,2 Millionen deutsch sprechende Erwachsene sind gering literalisiert. Um das zu ändern, engagiert sich der Verein für die Grundbildung von Erwachsenen und bietet mit Kooperationspartnern verschiedene Angebote an.



32

(Bildungs-)Gerechtigkeit von Anfang an
Das Krefelder „Haus der Bildung“



Die Transferagentur NRW im Gespräch mit Markus Schön, Dezernent für Bildung, Jugend, Sport, Migration und Integration und Katrin Weisker, Bildungsbüroleiterin

08

Eine gerechte Gesellschaft?

Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen
Ein Interview mit Dr. Andreas Aust

22

Diskriminierung in der Statistik sichtbar machen

Ein Interview mit Dr. Linda Supik

14

Bildungsteilhabe für alle Kinder!

Ein Gespräch über Hilfen zur Erziehung im Kreis Warendorf

26

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Potentiale für eine (jugend)gerechte Kommune
Inge Michels

Die Bedeutung von (Chancen-)Gerechtigkeit

Eine philosophische Perspektive

Marit Rullmann

Die aktuelle Studie des Internationalen Währungsfond 2019 bescheinigt Deutschland eines der Länder mit den höchsten Einkommensunterschieden und der größten Vermögensungleichheit zu sein. Für Kinder bedeutet in Armut aufzuwachsen, dass ihre Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes Leben eingeschränkt sind: Sie haben weniger Freunde, können weniger Freizeitaktivitäten ausüben und sind seltener in Vereinen aktiv. Auch bei gleichen kognitiven Leistungen sind ihre Bildungschancen geringer – Kinder aus Akademikerfamilien besuchen mehr als viermal so häufig ein Gymnasium. Trotz (oder wegen?) fast 500 Bildungsreformen in den letzten 50 Jahren ist unser Bildungssystem weiterhin hoch selektiv. Grundgesetzartikel 72 fordert gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Schulpflicht für alle ist garantiert – nicht jedoch gleiche Startchancen. Ist das gerecht? Und was bedeutet im philosophischen Sinne Gerechtigkeit?

Über eine gerechte Gesellschaft dachten bereits die griechischen Philosophen nach: Platon arbeitete dafür ein Modell aus, die Politeia, ein straff organisiertes Gemeinwesen, in dem alle drei Stände (Bauern und Handwerker, Krieger, Herrscher) passend zu den ihnen zugeordneten Tugenden (Besonnenheit, Tapferkeit, Weisheit) ihren vorbestimmten Platz einnahmen.

Aristoteles hielt Gerechtigkeit für die wichtigste aller Tugenden: Das Streben danach sei es, was das Menschsein ausmache. Eine zu große Ungleichheit bei Vermögen verletze die Gleichheit und verhindere so Demokratie. Aristoteles trennte zwischen ausgleichender Gerechtigkeit, die Gesetze und Verträge betreffen, und einer austeilenden, die sich auf das Zusammenleben in einer Gesellschaft bezieht.

Durch den Kirchenlehrer Thomas von Aquin wurde Gerechtigkeit zum festen Bestandteil der christlichen Scholastik und hatte bis zur Renaissance Bestand. Für die von Gottes Gnaden berufene weltliche Obrigkeit galt daher die Aussage „justitia fundamentum regnorum“ (Gerechtigkeit, das Fundament der Könige) als Kernsatz abendländischer Rechtstradition. Diese göttliche Gerechtigkeitslegitimation setzte erst der ehemalige florentinische Spitzendiplomat und Rechtsphilosoph Niccolò Machiavelli außer Kraft. In seinem 1532 veröffentlichten Werk *Il Principe (Der Fürst)* propagierte er das politische „Recht des Stärkeren“, wonach der Herrschaftszweck jedes auch noch so grausame Mittel rechtfertige.

Nicht nur Diktatoren zählen bis heute zu Machiavellis Anhängern. Auch mancher demokratisch legitimierte Poli-

tiker beruft sich auf ihn, wenn es um die „Staatsräson“ geht. Erst die französische Revolution (1789) beendete die absolutistischen Machtansprüche. In ihr wurde das Grab eines Mannes zerstört, der als Urvater demokratischer Verfassungen gilt: Der adelige Staatstheoretiker und Moralphilosoph Charles de Secondat Montesquieu war Anhänger einer aufgeklärten Monarchie und stellte erstmals Begriffe wie „Verfassung“, „Mehrheitswille“ oder die Konzeption der Gewaltenteilung öffentlich zur Diskussion. Sein Standpunkt: Gerechtigkeit müsse „gut für das Volk“ sein.

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 war auch durch das Werk *Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzip des Staatsrechts* (1762) des französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau (1712-1778)

inspiriert worden. Für ihn waren die Menschen im Naturzustand hilflos und schutzbedürftig: „Gerecht ist, was den Schwächsten nützt“, lautete daher sein Credo.

Rousseaus Vorgänger, die englischen Vertragstheoretiker des 17. Jahrhunderts, hatten noch anders argumentiert: „Gerecht ist, was den meisten nutzt“, hieß es bei Thomas Hobbes (1588-1679). Für ihn galt, „Der Mensch ist des Menschen Wolf“, weshalb nur Verträge verhindern könnten, dass erstere sich gegenseitig massakrierten. Und nach John Locke (1632-1704) mussten die reizbaren Menschen vor Notwehrexzessen bewahrt werden, daher hielt er im Gegensatz zu Rousseau für gerecht, „was den Stärksten nützt“.

Die bis heute einflussreichste Theorie der Gerechtigkeit veröffentlichte 1971 der US-Amerikaner John Rawls. In *A Theory of Justice* ist Gerechtigkeit nicht ohne Fairness

denkbar. Demnach müsse es ein größtmögliches Maß an Grundfreiheiten für alle geben, unveräußerliche Rechte, die nicht eingeschränkt werden dürften, weder aus wirtschaftlichen noch aus kulturellen Gründen. Dazu zählen das Recht auf Leib und Leben, Gedanken- und Gewissensfreiheit sowie aktives und passives Wahlrecht als Grundgerüst einer gerechten politischen Gesellschaft. Deren Mitglieder haben alle Vorteile und Lasten gemeinsam zu tragen. Soziale Ungleichheiten seien nur dann legitim, wenn auch die am wenigsten Begünstigten Gesellschaftsmitglieder davon profitierten. Normen wiederum müssten frei von willkürlichen Unterschieden für alle Menschen gleich gelten.

Mit Rawls war die philosophische Diskussion keineswegs abschließend geklärt. So forschte die New Yorkerin Martha Craven Nussbaum ab 1987 mit dem indischen Ökonomen Amartya Sen zum Thema internati-

Was ist gerecht?





Gerechtigkeit

Der Begriff geht zurück auf die alt- und mittelhochdeutsche Vorsilbenbildung: gireht = gerade, aufrecht, richtig und gereht = auf der rechten Seite befindlich, passen. „Gerecht“ und „richtig“ wäre demnach was gradlinig erkennbar ist und einen direkten Bezug zwischen richtig und falsch erkennen lässt. (Helm Stierlin, z.n. Rullmann/Schlegel 2000, S. 202). Die meisten Menschen allerdings halten für richtig oder falsch, was sie traditionell erlernten. Vertreter der diversen Religionen wiederum berufen sich auf ihre ewig gültige göttliche Wahrheit und Gerechtigkeit.

„Dabei bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht das Gegenteil von Freiheit. Beide bedingen sich vielmehr. Geht es doch um gleiche Lebenschancen und so viel Wahlfreiheit wie möglich für alle Menschen zu gewährleisten. Denn wer im Mangel lebt, hat kaum die Freiheit das Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.“

onale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Gemeinsam entwickelten sie den Fähigkeitsansatz (Capability Approach). Nussbaum entwickelte ein universalistisches Modell des Guten Lebens, in dem die praktische Vernunft wichtig ist, denn sie steuert die menschlichen Grundfähigkeiten als dessen Motor. Dazu gehören physische und emotionale Fähigkeiten wie Gesundheit, Sexualität, Gebrauch der Sinne ebenso wie Bindungen zu anderen Menschen, Tieren, Pflanzen und das Nachdenken über die eigene Lebensplanung. Der Staat muss für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen, Gesundheits-, Bildungswesen und soziale Einrichtungen dafür sicherstellen. Nussbaum geht davon aus, „[...]“, dass Menschen aus einer Vielzahl von Motiven heraus kooperieren, zu denen eine Wertschätzung der Gerechtigkeit selbst sowie ganz zentral ein moralisch geprägtes Mitgefühl gehören.“

In ihrem Buch *Frontiers of Justice* (2006, auf deutsch *Grenzen der Gerechtigkeit*, 2010) untersucht sie unter anderem den Gegensatz von reich und arm sowie die vernachlässigten Bedingungen für Behinderte. Es gehe nicht mehr darum, „Ausgesonderte zu integrieren“, sondern allen Menschen die Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten zu ermöglichen und ihre Autonomie und

Unabhängigkeit zu wahren. Die Betroffenen hätten nicht die Aufgabe, ihre Bedürfnisse an (angebliche) gesellschaftliche Notwendigkeiten anzupassen. Vielmehr müsse die Gesellschaft sich auf diese einstellen. Bildungseinrichtungen seien deshalb inklusiv auszugestalten, damit sie – unabhängig von sozialer Herkunft, Ethnizität, Sprache, Religion, Geschlecht, Leistungsvermögen, Behinderung – sich der Vielfalt der Lernenden flexibel anpassen.

Seit dem Siegeszug der Wirtschaftsglobalisierung scheint allerdings jede Gerechtigkeitdiskussion obsolet zu werden. Christoph Butterwegge, emeritierter Soziologieprofessor und Armutsforscher der Universität Köln, schrieb darüber in *Abschied von der Chancengleichheit. Wandlungen des Gerechtigkeitsbegriffs: Wie der Neoliberalismus die sozialen Wertvorstellungen untergräbt*. Darin heißt es: „Der Neoliberalismus, ursprünglich nur eine Wirtschaftstheorie, ist zu einer fast die ganze Gesellschaft beherrschenden Sozialphilosophie und zu einer Art politischer Zivilreligion geworden. Von mächtigen Interessenverbänden unterstützt, haben seine Vertreter mittlerweile erreicht, dass Gerechtigkeit anders definiert und interpretiert wird als früher. Sie beinhaltet kaum noch, dass Bürger, die es sich fi-



Marit Rullmann, M.A. phil.

Sie studierte Philosophie und Germanistik (RUB- Bochum) und ist Autorin, Dozentin in der Erwachsenenbildung und Beraterin für Philosophie und Bildung. Seit 1989 ist sie Leiterin eines Philosophischen Cafés. Bis 2019 war sie Fachdienstleiterin Bildung beim Kreis Recklinghausen. Letzte Veröffentlichung: *Denken, um zu leben. Philosophinnen vorgestellt von Marit Rullmann und Werner Schlegel*, Wiesbaden 2018.

Foto: Ortwin Schneider



nanzial leisten können, über das Sozial- wie über das Steuersystem die Bedürftigkeit von Benachteiligten und Behinderten ausgleichen.“ Für die Lebenserwartung von Menschen kann es heute entscheidend sein, in welcher Stadt sie leben (zum Beispiel in Bonn durchschnittlich fünf Jahre länger als in Gelsenkirchen), und für die Bildungskarriere der Kinder hat zentrale Bedeutung, aus welchem Elternhaus sie stammen. Dies zeigt, welche Ungerechtigkeiten bereits als selbstverständlich hingenommen werden.

Genau deshalb ist im öffentlichen Diskurs meist nur noch von Chancengerechtigkeit die Rede. Denn unter sozialer Gerechtigkeit versteht man laut Butterwegge nicht länger den Abbau materieller Ungleichheit,

sondern lediglich die Möglichkeit der freien Entfaltung und die „[...] Lebenschancen frei und verantwortlich wahr(zu)nehmen.“

Tatsächlich kann man sich sehr leicht und unwidersprochen darauf einigen, alle Menschen sollten über (theoretisch) gleiche Chancen verfügen.

Dabei bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht das Gegenteil von Freiheit. Beide bedingen sich vielmehr. Geht es doch um gleiche Lebenschancen und so viel Wahlfreiheit wie möglich für alle Menschen zu gewährleisten. Denn wer im Mangel lebt, hat kaum die Freiheit das Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.



Literatur

- » Christoph Butterwegge: Abschied von der Chancengleichheit. Wandlungen des Gerechtigkeitsbegriffs: Wie der Neoliberalismus die sozialen Wertvorstellungen untergräbt. Junge Welt vom 21.11.2005.
- » Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden 2007.
- » Internationaler Währungsfond. Vermögensungleichheit und private Ersparnisse in Deutschland. 2019.
- » Martha Nussbaum: Gerechtigkeit oder das Gute Leben. Frankfurt/M 1999.
- » Martha Nussbaum: Grenzen der Gerechtigkeit. Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit. 2010.
- » Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Christoph Horn, Nico Sarrano. Frankfurt/M 2002.
- » John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt/M 1979.
- » John Rawls: Gerechtigkeit als Fairneß. Freiburg/München 1977.

7 Fragen an...

Dr. Andreas Aust

Referent für Sozialpolitik der Paritätischen
Forschungsstelle des Gesamtverbandes

Eine gerechte Gesellschaft?

Auswirkungen sozialer Ungleichheit
auf die Teilhabe von
Kindern und Jugendlichen



Dr. Andreas Aust

Er ist Politikwissenschaftler und arbeitet in der Forschungsstelle beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin. In dieser Funktion beschäftigt er sich mit (fast) allen Fragen der sozialen Ungleichheit, u.a. mit der Kritik an der Ermittlung des Existenzminimums. Zuletzt erschien als Expertise der Forschungsstelle die Untersuchung *Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen*.



Woran erkennen Sie eine gerechte Gesellschaft?

Eine gerechte Gesellschaft ist für den Paritätischen eine Gesellschaft, in der „das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit“ verwirklicht wird. Im Zentrum von sozialer Gerechtigkeit stehen damit (Chancen-) Gleichheit und Würde. Dazu gehört zwingend der wechselseitige Respekt der Mitmenschen untereinander, die wechselseitige Anerkennung als gleichwertig sowie die Ermöglichung von politischer und sozialer Teilhabe von Allen. Dieses Verständnis von sozialer Gerechtigkeit findet sein Funda-

ment in den universellen Menschenrechten. sozialen Nutzen erbringt und nicht nur die Wohlhabenden noch reicher macht. Sozial gerecht ist demzufolge eine Politik, die die Ursachen von illegitimer sozialer Ungleichheit beseitigt und die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben für Alle ermöglicht.

*In der Studie des Paritätischen „Verschlossene Türen: Aufwachsen in Armut“ haben Sie mit drei weiteren Kolleg*innen die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen untersucht. Mit welcher Note würden Sie die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausgehend von den Studienbefunden bewerten?*

Was ist eine gerechte Gesellschaft?

„Im Zentrum von sozialer Gerechtigkeit stehen damit (Chancen-)Gleichheit und Würde.“

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gelingende wechselseitige Anerkennung ist, dass die tatsächlichen sozialen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft nicht zu groß werden. Eine Gesellschaft, in der wenige sehr viel besitzen und daher auch sehr viel mehr politischen Einfluss haben als andere, ist nicht gerecht. Genau diese Entwicklung müssen wir aber leider beobachten. Die soziale Polarisierung nimmt zu. Hier gilt es gegenzusteuern. Der Paritätische setzt sich daher für eine Politik des sozialen Ausgleichs ein. Der gesellschaftliche Reichtum muss so verteilt werden, dass er den größtmöglichen

Bevor ich eine Note ver gebe, möchte ich kurz einige wenige Befunde unserer Expertise vorstellen. Sie belegen anhand der Ausgaben von Familien die generell kritisierte ungleiche Verteilung der Lebenschancen in unserem Land. In der Expertise haben wir uns Daten des Statistischen Bundesamtes angeschaut: Wie viel Geld steht unterschiedlich wohlhabenden Familien zur Verfügung? Wie viel geben die Familien für ihre Kinder aus und wofür? Unsere Ergebnisse belegen zunächst eine massive soziale Ungleichheit zwischen den wohlhabenden und den ärmsten Familien - hier und im Folgenden am Beispiel eines Paares mit einem Kind

Ist unsere Gesellschaft gerecht?

verdeutlicht. Um nur eine Zahl zu nennen: während den reichsten zehn Prozent der Familien im Jahr 2013 etwa 8.642 Euro im Monat an Einkommen zur Verfügung standen, waren es bei den untersten zehn Prozent lediglich 1.550 Euro. Der Durchschnitt lag bei 3.762 Euro. Die reichsten Familien hatten gegenüber den ärmsten Familien mehr als das Fünffache an Einkommen zur Verfügung.

„Arme Kinder sind in Deutschland, was ihre soziale Teilhabe angeht, massiv benachteiligt.“

Diese enorme soziale Ungleichheit zeigt sich auch bei den Ausgaben für die Kinder. Für Kinder aus reichen Familien wird deutlich mehr ausgegeben. Das verwundert vielleicht im Grundsatz nicht, wohl aber, wenn die Relationen deutlich werden. So gibt eine Familie aus dem obersten Zehntel für ein Kind deutlich über 1.000 Euro aus. Das entspricht mehr als zwei Drittel des gesamten Haushaltseinkommens der Familie im untersten Zehntel! Diese Haushalte können daher nur wenige Ressourcen für das Kind einsetzen. Lediglich 364 Euro der Ausgaben werden für das Kind verwendet.

Neben dem Vergleich zwischen den reichsten und den ärmsten 10 Prozent haben wir auch noch die zeitliche Entwicklung zwischen 2003 und 2013 untersucht (jüngere Daten liegen hier noch nicht vor). Die zentralen Ergebnisse: Der Abstand zwischen unten und oben wächst im zeitlichen Verlauf weiter an und die ärmsten Familien haben

– preisbereinigt – 2013 sogar noch weniger Geld zu Verfügung als 2003. Darunter leiden insbesondere die Kinder. Auch bei ihnen muss eingespart werden. Da dies bei Essen, Trinken und Wohnen kaum noch möglich ist, muss bei der sozialen Teilhabe gespart werden.

Unser Befund lautet daher: Arme Kinder sind in Deutschland, was ihre soziale Teil-

habe angeht, massiv benachteiligt. Sie haben kaum eine Chance, an dem normalen Leben in der Mitte der Gesellschaft teilzunehmen. Das kann und darf nicht als ein ausreichendes Ergebnis angesehen werden. Als Schulnote ausgedrückt, kann ich daher keine andere Note geben als mangelhaft.

Was muss sich ändern, um die Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten? Wie soll das gelingen und welche Ansatzpunkte sehen Sie?

Kinder sind Teil der Familie. Und Kinder sind unschuldige Opfer der wachsenden sozialen Ungleichheit. Insofern gilt grundsätzlich, dass alle Maßnahmen zur Eindämmung und Korrektur der generellen sozialen Ungleichheit zumeist auch den Kindern und Jugendlichen nutzen. Um die soziale Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche zu organisieren, gibt es darüber hinaus zwei Möglichkeiten. Entweder gibt man den Kindern und Jugend-

lichen genügend Geld, damit sie sich soziale Teilhabe leisten können, denn daran fehlt es ganz offenkundig. Notwendig ist daher eine grundlegende Reform der Familienförderung. Wir plädieren hier für die Einführung einer Kindergrundsicherung. Oder aber – das ist der komplementäre Weg – es werden öffentliche Güter bereitgestellt, die zumindest für ärmere Familien kostenfrei sind. Schulen sind beispielsweise ein solches öffentliches Gut, das von der Allgemeinheit über Steuern finanziert wird und für die Nutzer*innen kostenfrei gestaltet ist. Dieses Prinzip gilt es auszuweiten.

Vor einigen Jahren wurde für bedürftige Kinder das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt, um soziale Teilhabe von ärmeren Kindern zu gewährleisten. Dieses Paket leidet an verschiedenen Geburtsfehlern: nicht bedarfsdeckend, hochgradig bürokratisch, weil es bislang mit Gutscheinen statt mit Geld funktioniert, und schließlich ist mit dem Jobcenter eine Institution zuständig, die kaum Kompetenzen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen vorweisen kann. Es verwundert daher auch kaum, dass diese Leistungen nur sehr begrenzt bei den berechtigten Kindern ankommen. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Reformen durch das sogenannte Starke-Familien-Gesetz hier tatsächlich wie von der Regierung erhofft, spürbare Verbesserungen bringt. Wir sehen dem skeptisch entgegen, lassen uns aber gerne positiv überraschen.

Angenommen die ungleichen Verhältnisse ändern sich nicht oder die soziale Ungleich-

heit weitet sich gar aus, was bedeutet das für die zukünftige Gesellschaft?

Die sozialen Folgen von Kinderarmut sind mittlerweile ganz gut erforscht. Kinderarmut bedeutet zunächst einmal ganz akut und praktisch: Verzicht und Mangel. Dieser Mangel bezieht sich natürlich auf alle Bereiche, die für ein gelingendes Aufwachsen wichtig sind. Arme Kinder und Jugendliche wachsen sozial isolierter auf, sind seltener in Vereinen präsent, sie haben schlechtere Bildungschancen und haben eher gesundheitliche Probleme. Dies sind Hypothesen für die individuelle Entwicklung und den weiteren Lebensweg. Es leiden natürlich in erster Linie die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Letztlich aber leidet die gesamte Gesellschaft, denn nur eine Gesellschaft, in die sich alle gleichermaßen einbringen können und wohlfühlen, ist eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft.

Welche weiteren Folgen kann soziale Ungleichheit haben?

Wilkinson und Pickett zeigen in ihrem Buch *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, dass Gesellschaften mit geringeren Einkommensunterschieden die lebenswerteren Gesellschaften sind. Es gibt weniger soziale Verwerfungen und Stress, weil die Menschen mehr Vertrauen zueinander haben. Es gibt in egalitären Ländern – um nur einige Beispiele für die positiven Effekte zu nennen – in der Tendenz weniger Gewalt und weniger Menschen in den Gefängnissen. Die Menschen

Was sind die sozialen Folgen von Armut?



Weitere Informationen

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: www.der-paritaetische.de

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Paritätische Forschungsstelle (2019): „Verschlossene Türen. Eine Untersuchung zur Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“. Download: bit.ly/2MlsfYh

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Starke-Familien-Gesetz“. Website: bit.ly/322Vq9e

leiden weniger unter gesundheitlichen – insbesondere psychischen – Problemen, die Lebenserwartung ist höher und auch die Bildungserfolge sind besser. Kurz: Bekämpfung von sozialer Ungleichheit ist für Alle gut.

Die Kommune hat zum Beispiel die Verantwortung für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets vor Ort. Hier lässt sich sicherlich noch einiges verbessern, um dafür zu sorgen, dass die Leistungen bei den berechtigten Kindern

Kommunalverwaltungen werden sich ihrer gestalterischen Rolle im Bildungsbereich immer mehr bewusst. Komplexe Herausforderungen werden in vielen Fällen deshalb bereits ressortübergreifend analysiert und angegangen. Was müsste seitens der Kommunalverwaltung für die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen geleistet werden? Welches Selbstverständnis sollte vorherrschen und welche Ressourcen braucht es dafür?

ten agieren. Finanzielle Ressourcen sollten dort konzentriert werden, wo die größten Bedarfe sind. Anders kann sozialer Ausgleich nicht funktionieren. Wichtig erscheint darüber hinaus, dass die verschiedenen Akteure in der Kommune gezielt zusammenarbeiten und Instrumente entwickeln, um auch Kindern in prekären Lebenslagen ein gelungenes Aufwachsen zu ermöglichen. Strukturprogramme, die diese Aspekte gemeinsam

„Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit ist für Alle gut.“

Was benötigt es Ihrer Meinung nach aus dem Bildungsbereich oder von Bildungsakteuren, um Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen unabhängig des Einkommens zu gewährleisten?

„Jeder hat das Recht auf Bildung“, heißt es in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Doch der Weg von der Absichtserklärung zur konkreten Umsetzung ist auch heute noch voller Barrieren. Dies gilt weltweit nicht nur für arme Länder, sondern auch für reiche Gesellschaften wie Deutschland. Zahlreiche Studien der letzten Jahre zeigen, dass der Bildungserfolg und die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen.

auch ankommen. Dies ist insbesondere bei dem sogenannten Teilhabegeld bisher kaum der Fall. Nur ein kleiner Teil der Berechtigten realisiert diese Leistung. Oder ein anderes Beispiel: Die Kostenübernahme eines Mittagessens in der Kita oder in der Schule über das Bildungs- und Teilhabepaket setzt ein entsprechendes Angebot vor Ort voraus. Auch hier wäre noch einiges zu tun. Weitere sinnvolle Maßnahmen wären die bessere Unterstützung bei der Lernförderung oder Nachhilfe in der Schule oder die Übernahme von Kosten für Lehr- und Lernmittel, die nicht über das „Schulstarterpaket“ gedeckt sind. Hier passiert ja aktuell – getrieben durch einschlägige Urteile des Bundessozialgerichts – durchaus ein wenig. So sind in Ländern, in denen es keine (vollständige) Lernmittelfreiheit gibt, Bedarfe für Schulbücher über das SGB II finanzierbar.

„Die Kommunen müssen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern als ein Problem anerkennen.“

Aus unserer Studie kann man nur begrenzt unmittelbar konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunen ableiten. Gleichwohl ist klar: die erste Voraussetzung für die Stärkung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist ein entsprechendes Problembewusstsein. Die Kommunen müssen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern als ein Problem anerkennen. Dieses Bewusstsein scheint zu wachsen, ist aber meines Erachtens noch nicht flächendeckend angekommen. Darauf aufbauend lassen sich Konzepte entwickeln, um arme Kinder individuell zu fördern und strukturell Institutionen und Akteure zu stärken, die in besonders benachteiligten Regionen und (Stadt-)Gebie-

mit den Akteuren und den Menschen vor Ort in den Blick nehmen, erscheinen mir gute und langfristig auszuweitende Ansätze zu sein.

Die Fragen stellte Laura Förste, Transferagentur NRW

Wie können Bildungserfolg und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden?

Bildungsteilhabe für alle Kinder!

Ein Gespräch über Hilfen zur Erziehung im Kreis Warendorf

Das Gespräch führte Dr. Mario Roland, Transferagentur NRW, mit:
Karin Sannwaldt-Hanke, untere Schulaufsicht, Schulamt
Anke Frölich, ASD Leitung, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Daniel Bögge, Leiter des Sachgebietes Soziale Prävention und Frühe Hilfen, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien



Wie können Hilfen zur Erziehung (HzE) dazu beitragen, gelingende Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen?

Sannwaldt-Hanke: Hilfen zur Erziehung sind dann erfolgreich, wenn sie, zum Beispiel bezogen auf Schülerinnen und Schüler, eine erfolgreiche Bildungsbiografie ermöglichen. Beeinträchtigungen bei Kindern im sozial-emotionalen Bereich verhindern dies allzu oft.

Frölich: Es gilt, frühzeitig zu unterstützen und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken. Eigenverantwortlichkeit, Selbstbestimmung und Gemeinschaftsfähigkeit sind hierbei das Leitziel. Gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit bilden wesentliche Grundlagen. Die Leistungen der Jugendhilfe orientieren sich dabei am elterlichen Erziehungsauftrag und der elterlichen Gesamtverantwortung.

Der Bedarf, Hilfen in Anspruch zu nehmen, steigt seit Jahren an. Wie reagieren die zu-

ständigen Akteure im Kreis Warendorf darauf? Welche Besonderheiten gibt es?

Bögge: Die im Kreis Warendorf seit Jahren politisch verankerte Strategie der Frühen Hilfen und der sozialen Prävention ist darauf ausgerichtet, Hilfebedarfen frühzeitig nachzukommen und einer Verfestigung von Problemlagen entgegenzuwirken. Damit einhergehend sollen Hilfen annehmbar gestaltet und ausgerichtet sein. Entscheidend für die Annahme einer Hilfe ist, dass die Hürden niedrig liegen müssen. Eine Hilfe zur Erziehung muss für Eltern und Kind als Zugewinn erlebbar sein. Eltern müssen als Experten für ihre Kinder und ihre Lebenswelt ernst genommen und mitgenommen werden. Die Annahme einer Hilfe, die explizit das Kind und seine individuellen Ressourcen und Entwicklungsbereiche in den Mittelpunkt stellt, erleichtert es Eltern, diese Hilfe anzunehmen.

Frölich: Es ist somit Ziel der Hilfen zur Erziehung, diese nicht nur im familiären Kontext

zu integrieren. Es ist ebenso möglich, Hilfen zur Erziehung zum Beispiel am Lebensort Schule eines Kindes zu platzieren und diese mit einer strukturierten Elternarbeit zu verbinden. Tatsächlich sehen wir, dass die Initiativen von Frühen Hilfen bis hin zum Kinderschutz die Menschen sensibler gemacht haben für kindliche Bedürfnisse. Entscheidend ist, dass das Kind in den Mittelpunkt gestellt wird und die Familien passgenaue Hilfen bekommen und die elterliche Erziehungsverantwortung gestärkt werden kann.

Bögge: Hierzu wurde in enger Abstimmung mit Schulaufsicht und Schulen, Kitas und OGS-Trägern, Schulamt und Gesundheitsamt ein Konzept entwickelt, bei dem Kinder bereits im Übergang von der Kita in die Grundschule gemeinsam in den Blick genommen werden, um bei Bedarf bereits im letzten Kitajahr oder mit Beginn der Schulzeit eine passgenaue individuelle Hilfe bereitzustellen. Auch der Kreiselternterrat wurde in die Entwicklung immer wieder miteinbezogen. Das „Konzept zur Förderung der Ent-

wicklungschancen von Kindern im Verlauf des Überganges vom Elementarbereich in den Primarbereich“, im täglichen Sprachgebrauch „Übergangsmanagement II“, wird dabei stetig weiterentwickelt.

Sannwaldt-Hanke: Das Projekt „Übergangsmanagement II“ strebt die positive Verselbstständigung und Entwicklung des Einzelnen an. Durch die intensive Zusammenarbeit von Experten aus dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und dem Schulamt für den Kreis Warendorf ist ein klarer Ablaufplan entwickelt worden, der den Kindertagesstätten, den Schulen, den Ämtern und den Trägern der freien Jugendhilfe Sicherheit bietet.

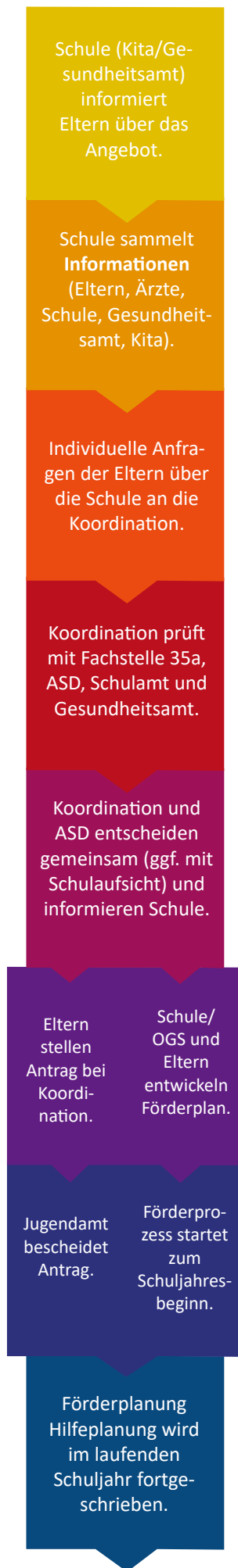
Welche Zielgruppen nehmen HzE im Kreis Warendorf in den Blick?

Frölich: Wir haben im Kreis Warendorf zunächst die Altersgruppe der Kinder im Übergang vom Elementar- in den Primarbereich in den Fokus gestellt. Die ersten au-

V.l.n.r. Anke Frölich, Karin Sannwaldt-Hanke, Daniel Bögge

„Eine Hilfe zur Erziehung muss für Eltern und Kind als Zugewinn erlebbar sein.“

Daniel Bögge



Prozessverlauf des „Konzepts zur Förderung der Entwicklungschancen von Kindern im Verlauf des Überganges vom Elementarbereich in den Primarbereich“

berfamiliären Lebensorte des Kindes – Kita und Grundschule – sind der institutionelle Rahmen, in dem diese Form der frühzeitigen erzieherischen Hilfen erfolgen und implementiert werden können. Kita und Grundschule sind die elementaren Bildungseinrichtungen, in denen die Grundlagen für die Bildungsentwicklung erarbeitet werden. Das letzte Kitabesuchsjahr und die Schuleingangsphase sind ein relevantes Entwicklungsalter des Kindes. Hier kann ein Förder-schwerpunkt der Jugendhilfe umfassend und frühzeitig wirksam sein.

Bögge: Zielgruppe dieses Förderkonzeptes sind dabei zunächst Eltern und Kinder mit geringen Teilhabechancen und besonderen individuellen Unterstützungsbedarfen in unterschiedlichen Formen, insbesondere mit einer Beeinträchtigung ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung und einem daraus resultierenden individuellen Unterstützungsbedarf.

Frölich: Die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen und Schulen gehören als Akteure auf der Handlungsebene ebenfalls zur Zielgruppe. Durch geeignete Angebote und Maßnahmen auf Basis der individuellen Förderplanung begleiten sie die Phase der Einschulung sowie die Schuleingangsphase.

Es wird also im Rahmen des Konzepts „Übergangsmanagement II“ ein sozialräumlicher Ansatz verfolgt? Welche Rolle spielt dabei der Lebensort Schule?

Frölich: Die Grundschule als Lebensort des Kindes ist für die Platzierung einer am individuellen Förder- und Entwicklungsbedarf des

Kindes ausgerichteten Hilfe ein passendes Setting für die individuelle Förderung des Kindes und natürlich für die Elternarbeit. Für Kinder und Eltern handelt es sich um eine in das alltägliche Leben eingebundene Institution. Mit der Förderung, die durch sozialpädagogische Fachkräfte des OGS-Trägers geleistet wird, erleben Kind und Eltern vertraute Personen in einer vertrauten Umgebung. Die Förderung kann unkompliziert in die Lebenswelt eingebunden und erlebt werden. Ein direkter Transfer der Entwicklungen in das alltägliche Leben kann somit stattfinden. Darüber hinaus ist der Zugang auf diese Weise sehr niederschwellig und damit gut erreichbar und annehmbar.

Bögge: Unterschiedliche „Auffälligkeiten“ in einer großen Spannweite von Ursachen und Hintergründen gefährden eine gelingende Beschulung und erfordern individuelle Förderung. Hier gilt es, frühzeitig gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken und Bildungsteilhabe für alle Kinder zu ermöglichen. Die betroffenen Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend zu unterstützen, an den Lernangeboten und dem schulischen beziehungsweise sozialen Miteinander teilhaben zu lassen, steht im Mittelpunkt der Bemühungen. Es besteht die große Chance, dass die Erkenntnisse aus der Zeit des Übergangs in die Schule in einen individuellen Förder- oder Entwicklungsplan überführt werden, so dass sich durch das Zusammenwirken schulischer und außerschulischer Maßnahmen – hier ist auch der Sozialraum als Chance zu nutzen – weitere Perspektiven entwickeln lassen.

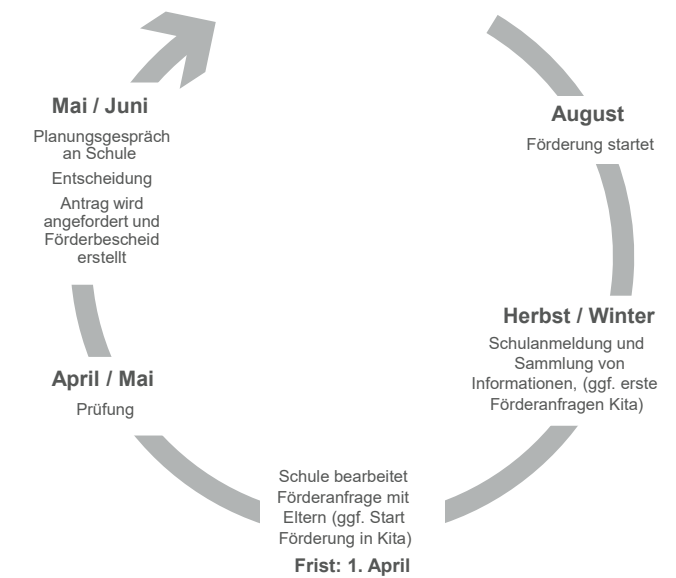
Wer ist zuständig für die Koordination des Ganzen?

Frölich: In der Koordination wirken Schule, OGS-Träger und die Jugendhilfe auf verschiedenen Ebenen zusammen. Die Koordination der eigentlichen Umsetzung der individuellen Hilfe erfolgt vor Ort in der Schule. Hier sind der OGS-Träger und die Schule die zentralen Akteure. Die Steuerung obliegt jedoch dem Jugendamt, das auch das Gesamtkonzept steuert und koordiniert. Dies findet durch das Sachgebiet Soziale Prävention und Frühe Hilfen statt. Die konkrete Fallsteuerung obliegt dann unseren jeweiligen Bezirkssozialarbeitern. Insbesondere wenn auch weitere – beispielsweise innerfamiliäre Hilfen erfolgen – und auch bezüglich der eigentlichen Hilfeplanung. In Grundsatzfragen, bei der Konzeptentwicklung und hinsichtlich der trägerübergreifenden Qualitätsentwicklung arbeiten Jugendamt, Schulamt und Schulaufsicht, Gesundheitsamt, freie Träger und die Städte und Gemeinden eng miteinander zusammen.

*Welche Erfahrungen haben Sie seitdem im Hinblick auf die Adressat*innen der HzE, aber auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule vor Ort gemacht?*

Frölich: Zunächst einmal: das Konzept wird sehr gut angenommen. Im laufenden Schuljahr werden fast 400 Kinder an 28 Grundschulen über das Konzept gefördert. Die Abbruchquote liegt – und das ist beeindruckend – bei deutlich unter einem Prozent. Eltern nehmen das Angebot sehr gerne an und bemühen sich oft schon sehr frühzeitig

Ablauf vor Start der Maßnahme



und engagiert um eine Förderung.

Sannwaldt-Hanke: Grundsätzlich wird das Projekt überwiegend von allen daran Beteiligten positiv angenommen. Da es aber insgesamt ein sehr komplexes Konstrukt ist, bedarf es weiterhin der Beharrlichkeit aller Beteiligten, es an der einen oder anderen Stelle weiter zu justieren!

Bögge: Die Zusammenarbeit, das Zusammenspiel von Jugendhilfe und Schule ist eng und vertrauensvoll, gleichwohl ist es weiterhin wichtig, die Aufgaben klar zu differenzieren: Jugendhilfe hat primär den Auftrag, die Entwicklung der Persönlichkeit im erzieherischen Sinne zu fördern...

Schauen wir zum Abschluss zehn Jahre in die Zukunft. Was hat sich in Bezug auf das Thema „HzE“ im Kreis Warendorf verändert? Was würden Sie sich wünschen?

Alle: Einen gemeinsamen Blick auf das Kind, das mit seiner Individualität im Mittelpunkt steht, eine sich stetig weiterentwickelnde Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ und natürlich ein gutes Zusammenspiel aller Einrichtungen und Dienste mit Kindern, Eltern und im Miteinander.

Das ausführliche Interview finden Sie auf: www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de

„Wir wünschen uns einen gemeinsamen Blick auf das Kind, das mit seiner Individualität im Mittelpunkt steht.“

Bögge, Sannwaldt-Hanke, Frölich

„Durch die Verbesserung ihrer Kompetenzen erobern sie sich auch andere Alltagsbereiche zurück.“

Der Verein Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. engagiert sich für die Grundbildung von Erwachsenen

Geringe Literalität bedeutet, dass eine Person lediglich bis zur Ebene einfacher Sätze lesen und schreiben kann.

(LEO-Studie 2018, bit.ly/2BfSPNh)

Die Räume im 2. Stock im Bezirksrathaus Köln-Mülheim sind bereits gut gefüllt. Gleich beginnen hier verschiedene Sprachkurse. Einer der kleineren Räume ist für den „Lerntreff von A–Z“ reserviert, der einmal in der Woche stattfindet. Das Angebot hat der Verein „Lernende Region – Netzwerk Köln“ initiiert. Langsam trudeln die ersten Teilnehmer ein. Eigentlich kommen immer vier bis sechs Lernende, heute haben sich aber zum Kursbeginn nur zwei Teilnehmer in dem Raum mit Blick auf das benachbarte Hochhaus eingefunden. Darunter auch Karim*, der heute zum ersten Mal dabei ist.

Die Kursleiterin Evelyn Sarbo verteilt zum Start in den Kurs Karten mit verschiedenen Motiven. Auf der Vorderseite ist immer ein Foto mit einer Alltagsszene abgebildet. Auf der Rückseite findet sich eine Erklärung dazu. Abwechselnd sollen Karim und Arif*, der zweite Teilnehmer an diesem Morgen, erklären, was sie auf den Bildern sehen. Als Karim an der Reihe ist, hält er eine Karte mit einer großen belebten Straßenkreuzung hoch und liest „Kreisverkehr“. Gemeinsam mit Arif sucht Karim nach dem richtigen Wort. Kursleiterin Sarbo nutzt die Gelegenheit, um an der Tafel die verschiedenen Schreibweisen von „der Kreis“, „das Kreuz“,

„die Kreuzung“ zu erklären.

Karim wurde in Tunesien geboren und ist seit 2003 in Deutschland. Viele Jahre hat er in der Gastronomie gearbeitet und versucht, nebenher seine Deutschkenntnisse und vor allem seine Lese- und Schreibfähigkeit zu verbessern. Nach langen und ermüdenden Schichten in der Gastronomie kam das Lernen oft zu kurz. „Ich möchte mich jetzt ganz aufs Lernen konzentrieren“, freut er sich über die unterschiedlichen Lernchance, die ihm auch durch den Verein ermöglicht werden.

Der Lerntreff soll Menschen dabei unterstützen und motivieren, ihre Lese- und Schreib- sowie Alltagskompetenzen zu verbessern. Mutter- und Zweitsprachler lernen hier gemeinsam. Das und der jederzeit mögliche Einstieg in den Kurs erfordert von der Kursleiterin Evelyn Sarbo viel Flexibilität und individuelle Vorbereitung. Sarbo leitet den Kurs seit mehr als einem Jahr und ihre Leidenschaft merkt man der quirligen Frau an. Ihr Motivation: „Das Kursformat ermöglicht mir, unterschiedliche Grundbildungsbedarfe der Teilnehmenden spontan aufzugreifen, diese mit der Vermittlung von Lese- und Schreibkompetenzen zu verknüpfen und sie

**Namen von der Redaktion geändert*



so individueller auf ihrem Weg zu ersten positiven Lernerfahrungen, Bewältigungsstrategien und Selbstvertrauen im Umgang mit Schriftsprache)unterstützend zu begleiten.“

Der Kurs hat längst begonnen, da kommt mit einem breiten Lächeln Cemil* durch die Tür. Seine Bahn hatte Verspätung. Seiner guten Laune tut dies aber keinen Abbruch. Cemil ist bereits mit drei Monaten nach Deutschland gekommen und besuchte eine deutsche Schule. Dennoch ist seine Lese- und Schreibkompetenz auf einem niedrigen

auf. Arif erhält eine andere Aufgabe. Er soll ein Trinktagebuch ausfüllen. Dazu muss er zunächst die Informationen lesen und dann seine heutigen Getränke eintragen. Zusammen mit Sarbo liest er den Text und füllt den Bogen aus. Auch für Arif ist der Alltag in Deutschland nicht immer einfach. Er ist 2016 aus dem Irak geflohen. Seine Eltern sind dort geblieben. Er vermisst sie sehr, jeden Tag. Er ist seit sieben Wochen im Kurs und merkt schon erste Verbesserungen. „Ich würde gerne in Deutschland bleiben“, sagt er. Ihm gefallen die Freiheiten, die man hier

Cemil übt gemeinsam mit Kursleiterin Evelyn Sarbo das Lesen.

„Ich komme sehr gerne und freue mich immer auf den Kurs.“

Cemil

Niveau. „Ich komme sehr gerne und freue mich immer auf den Kurs“, erzählt er. Seine gute Laune ist ansteckend. Dahinter verbirgt sich aber auch Traurigkeit. Er wohnt seit langer Zeit in einem Männerwohnheim und sucht verzweifelt eine eigene Wohnung.

Im Kurs startet jetzt die Selbstlernphase. Cemil und Karim widmen sich ihren Büchern und schreiben neben den abgebildeten Lebensmitteln die richtigen Bezeichnungen

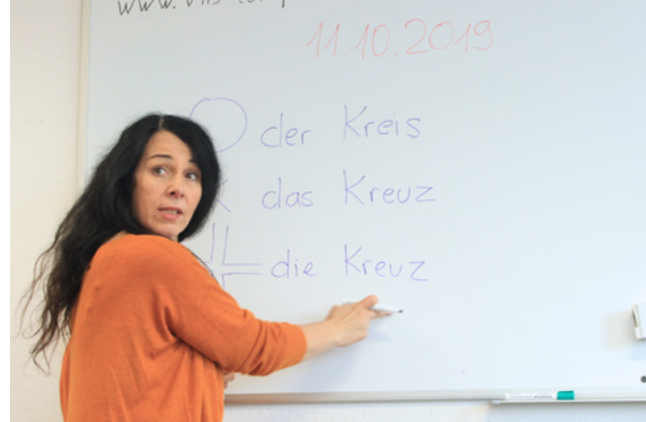
hat. Wenn das mit dem Schreiben und Lesen besser klappt, würde er gerne in einem Lager arbeiten. Diese Arbeit gefällt ihm.

Neben Phasen der Konzentration schallt hin und wieder Lachen durch den Raum. Die drei Teilnehmer haben Spaß an ihren Aufgaben. Sie sind freiwillig hier und wollen so viel wie möglich lernen und sich weiterqualifizieren.

Mehr als die Hälfte (52,6%) der gering literalisierten Erwachsenen haben in der Kindheit Deutsch als erste Sprache gelernt.

(LEO-Studie 2018, bit.ly/2BfSPNh)

Kursleiterin Evelyn Sarbo erklärt die verschiedenen Bedeutungen und Schreibweisen von „der Kreis“, „das Kreuz“, „die Kreuzung“.



Rund 6,2 Millionen deutsch sprechende Erwachsene sind gering literalisiert.

(LEO-Studie 2018, bit.ly/2BfSPNh)

Dass die Menschen freiwillig in den Kursen sind, ist für Dr. Sabine Schwarz wichtig. Sie leitet bei der Lernenden Region den Bereich Grundbildung und Alphabetisierung für Erwachsene und arbeitet u.a. im Projekt aktiv-S, wozu auch der "Lerntreff von A-Z" gehört. Mit verschiedenen Partnern setzt das Projekt aktiv-S, das für „aktive Teilhabe in vernetzten Strukturen“ steht, in ganz Köln für interessierte erwachsene Menschen Grundbildungsangebote zu lebensweltorientierten Themen um. Gesundheit, Kindererziehung, Deutsch sprechen, Gärtnern, Nähen oder Singen sind nur einige der Themen, zu denen aktiv-S Angebote entwickelt.

„Die Teilnehmer, die alle freiwillig zu uns kommen, sind motiviert“, so Schwarz. Deshalb macht ihr die Erwachsenenbildung

enspersonen und Brückenbauer*innen können sie Zugänge schaffen und Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen.

Seit August 2018 hat das Projekt mehr als 62 Angebote auf den Weg gebracht. Gering literalisierte Erwachsene nehmen selten Hilfsangebote in Anspruch. Zwar gibt es durchaus Angebote, vielen Menschen sind diese aber gar nicht bekannt. Oder die Angebote haben für die Zielgruppe zu hohe Hürden und sind nicht niedrigschwellig genug. Für Schwarz sind diese Hilfen wichtig, um die Chancengerechtigkeit von Menschen in prekären Situationen zu verbessern. „Denn durch die Verbesserung ihrer Kompetenzen erobern sie sich auch andere Alltagsbereiche zurück“, so Schwarz. So sind die Kurse auch nie reine Lese- und Schreibkurse, son-

„Die Teilnehmer, die alle freiwillig zu uns kommen, sind motiviert.“

Dr. Sabine Schwarz

auch so viel Spaß. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen Martina Morales und Kathrin Neitemeier koordinieren sie das Projekt. Sie entwickeln die niedrigschwelligen Angebote und arbeiten dabei eng mit Partnern aus den verschiedenen Sozialräumen zusammen. „Nur so können wir unsere Zielgruppe erreichen“, erklärt Schwarz. Fachkräfte in Bildung, Beratung und Betreuung sowie weitere sozialräumliche Schlüsselakteure spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Menschen zu erreichen, die oft nicht die Chance haben, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Als Vertrau-

den immer ganz nah am Alltag der Menschen dran.

Natürlich gibt es auch bei der Arbeit des Vereins immer wieder Menschen, die sie nicht erreichen. Viele kommen mit zu hohen Erwartungen. Einer der häufigsten Fragen ist: „Wie lange dauert es, bis ich lesen und schreiben kann?“, erzählt Morales. Den langen Lernprozess halten nicht alle durch. Damit die Lernenden motiviert bleiben, gibt es vier Lernstudios in den Kölner Stadtteilbibliotheken Chorweiler, Kalk, Mülheim und Nippes. Sie sind Anlaufstellen und informel-

Lernende Region – Netzwerk Köln e.V.

2002 wurde der Verein von der Stadt Köln und der IHK Köln als gemeinnütziger Verein im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „Lernende Regionen“ gegründet. Er möchte Zugang zu Bildung und Wissen für alle Bürgerinnen und Bürger Kölns schaffen. Ziel des Vereins ist es, die Zusammenarbeit von Bildungsanbietern aller Bereiche des lebensbegleitenden Lernens zu fördern. Durch die Vernetzung von Schulen und Hochschulen, Ausbildungsbetrieben, Anbietern von Fort- und Weiterbildungen, Bildungsberatungsstellen und den im Bildungssektor tätigen regionalen Initiativen und Projekten sollen Qualität, Effektivität, Transparenz und Innovation der Angebote gesteigert werden.

Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. im Internet: www.bildung.koeln.de

Ein Schwerpunkt des Vereins ist die Grundbildung von Erwachsenen: www.grundbildung-wirkt.de

le Lernorte für Erwachsene, die nicht (ausreichend) lesen und schreiben können. Begleitet werden sie dort von ehrenamtlichen Lernpat*innen. Der Verein Lernende Region bringt Lernende mit den Lernpat*innen zusammen, unterstützt sie und ist Ansprechpartnerin für die ehrenamtlichen Kräfte.

Dass die Angebote wirklich etwas bewirken, das bemerkt Kathrin Neitemeier in ihren Kursen immer wieder. Sie kümmert sich vor allem um das Thema Gesundheit. Im Kurs „Wohlfühlen und Kraft tanken“ tauschen sich die Frauen rund um das Thema Gesundheit aus. So erzählt Neitemeier von einer Kursteilnehmerin, dass deren Mann sie

jetzt ganz anders wahrnehme, weil der Kurs ihr Selbstbewusstsein gestärkt habe. Und sie berichtet von einer anderen Frau, die sich jetzt endlich traue, ihren Führerschein zu machen. Die Verbesserung von Chancengerechtigkeit von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und die vielen positiven Geschichten, die sie erzählt bekommen, das motiviert das Team zum Weitermachen. Und so planen sie mit viel Engagement bereits die nächsten Projekte.

Das Projekt besuchte Saskia Nielen, Transferagentur NRW



Das Team von aktiv-S: v.l.n.r. Martina Morales, Kathrin Neitemeier und Dr. Sabine Schwarz

Diskriminierung in der Statistik sichtbar machen

Ein Interview mit Dr. Linda Supik

Das Interview führten
Dr. Mario Roland und Saskia Nielen
Transferagentur NRW

Um soziale Gerechtigkeit abzubilden, wird seit einigen Jahren unter anderem die Variable „mit Migrationshintergrund“ in der Bildungsberichterstattung herangezogen. Wie stehen Sie dazu? Kann das über diese Variable gelingen?

Die Variable „Migrationshintergrund“ ist nicht eindeutig definiert. Datenführende Stellen nutzen unterschiedliche Definitionen. Es besteht also kein Konsens darüber, wer über diese Variable abgebildet wird und wer nicht. Sie vereinheitlicht eine Gruppe, die allerdings durch Diversität geprägt ist – von den sogenannten „Expats“ (hochqualifizierte Migranten mit hohem Einkommen) hin zu prekären Lebenssituationen von geflüchteten Familien. Also eine riesige Bandbreite. Und das alles verschwindet hinter der Variable „Migrationshintergrund“. Damit wird vieles vereinheitlicht.

Dabei müsste die Überlegung sein, welche Daten man eigentlich erheben muss, um soziale Gerechtigkeit besser abzubilden. Da schaut man nicht aus der Migrations- und Integrationsperspektive auf soziale Gerechtigkeit und Diversität, sondern aus einer Vielfaltperspektive auf eine vielfälti-

ge Gesellschaft. Dabei sind besonders die Antidiskriminierungsdimensionen wie das Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Behinderung, Religion, ethnische Herkunft bzw. rassifizierende Zuschreibung einzubeziehen. Sowie natürlich die soziale Herkunft, die die größte Rolle spielt. Diese Variable misst das eigene, das Bildungsniveau der Eltern und das Einkommen. Der Migrationshintergrund ist nur einer von vielen Faktoren, die Ungleichheit erklären.

Haben wir richtig verstanden: Es gibt Bemühungen dahingehend, dass der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ differenzierter betrachtet werden muss, weil die Heterogenität darin nicht deutlich wird. Welche Fragen stellen sich nun?

Genau. Jetzt ist die Frage, was wollen wir sichtbar machen? Was muss man überhaupt sichtbar machen? Vielleicht ist es nicht wichtig, alle Personen mit Migrationshintergrund von allen ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden. So wie es vielleicht nicht wichtig ist, alle Stadtkinder von den Landkindern zu unterscheiden. Das machen wir ja auch nicht generell.

Dr. Linda Supik

Sie hat derzeit die Gastprofessur Gender & Citizenship an der Universität Hannover inne und forscht dort am Center for Inclusive Citizenship (CINC). Sie hat 2013 an der Goethe Universität Frankfurt mit der Dissertation: „Statistik und Rassismus. Die statistische Erfassung von „Rasse“/Ethnizität und die Messung von Diskriminierung am Beispiel des britischen Zensus“ promoviert.



Aber es könnte wichtig sein, zu unterscheiden, wer von Diskriminierung betroffen ist und wer gar nicht das Risiko hat, diskriminiert zu werden, im Sinne von rassistischer Diskriminierung oder aufgrund der ethnischen Herkunft. Gerecht wäre, wenn alle Einwohner*innen dieses Landes gleiche Teilhabechancen haben. In vielen Fällen werden sie darin aber durch Diskriminierung entlang verschiedener Dimensionen ausgebremst. Wie ist es, wenn diese Diskriminierung aus rassistischen Gründen geschieht? Wen trifft dies? Rassismus trifft eben nicht alle, die keinen deutschen Pass besitzen oder deren Eltern nicht deutsch sind, sondern wird häufig entlang anderer Kriterien wirksam. Das können Äußerlichkeiten, ein ausländisch klingender Name oder die Kleidung sein. Es kann auch der Wohnort eine Rolle spielen.

Es ist dabei im Alltag weniger klar, ob es Rassismus oder Klassismus ist, also eine Zuschreibung aufgrund von vermeintlicher Bildungsferne und dem Mittelschichtbias, den wir so stark in den Schulen haben. Diesen Mittelschichtbias haben wir in Schulen, in denen Lehrer*innen oft selbst bereits die Kinder von Lehrer*innen gewesen sind, also häufig einen Mittelschicht-Habitus mit

sich bringen. Es gibt da eine bestimmte Vorstellung davon, wie eine Kindheit auszusehen hat, damit das Kind die bestmögliche Bildung erfährt. Diese Vorstellung schließt aber nicht am Habitus von Arbeiterfamilien an oder von Familien, die gerade erst einige Jahre an Fluchtgeschichte hinter sich haben.

*Was würde das für einen Bildungsbericht auf kommunaler Ebene bedeuten? Gilt es da nicht tiefer zu schauen, als lediglich Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen gegenüberzustellen?*

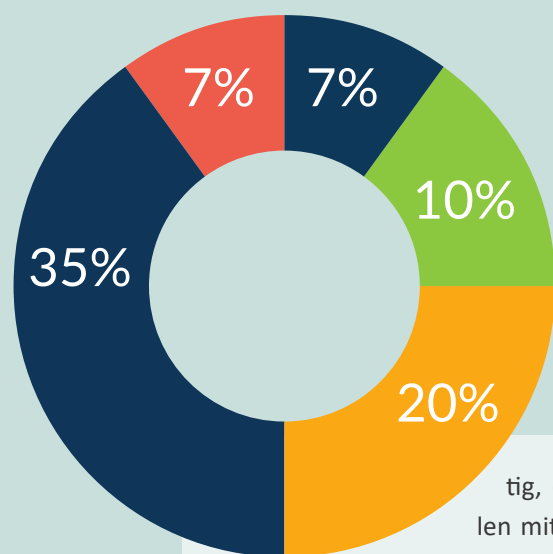
Ich weiß, dass die amtliche Schulstatistik in den meisten Bundesländern die Regel hat, dass sie keine Daten über Dritte erheben darf, sondern nur über das Kind, um das es geht. Es wird also nicht der Schulabschluss der Eltern erfasst, der Beruf der Eltern oder eine Einkommensklasse der Eltern herangezogen, was ja de facto die wichtigsten maßgeblichen sozialen Indikatoren sind, um zu sehen, welche Schüler*innen unter Bedingungen von Benachteiligung leiden. Diese Daten kann die Schulstatistik nicht erheben. Es wäre wünschenswert, da auf eine Gesetzesänderung zu drängen. In meinen Augen wäre es für die Bildungsgerechtigkeit wich-

„In meinen Augen wäre es für die Bildungsgerechtigkeit wichtig, diese Variablen mit in den Blick zu nehmen. Also weg vom Migrationshintergrund hin zur sozialen Herkunft.“



„Die Variable ‚Migrationshintergrund‘ vereinheitlicht eine Gruppe, die allerdings durch Diversität geprägt ist.“





tig, diese Variablen mit in den Blick zu nehmen. Also weg vom Migrationshintergrund hin zur sozialen Herkunft.

Zum Thema Rassismus haben Kolleg*innen aus Berlin neulich berichtet, dass dort in der Stadtpolitik inzwischen nicht mehr zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden wird, sondern nach Menschen mit und ohne Rassismuserfahrung. Um ein Diskriminierungsrisiko zu bestimmen, erscheint mir die Erhebung von Rassismuserfahrungen angemessener und signifikanter als die des Migrationshintergrundes.

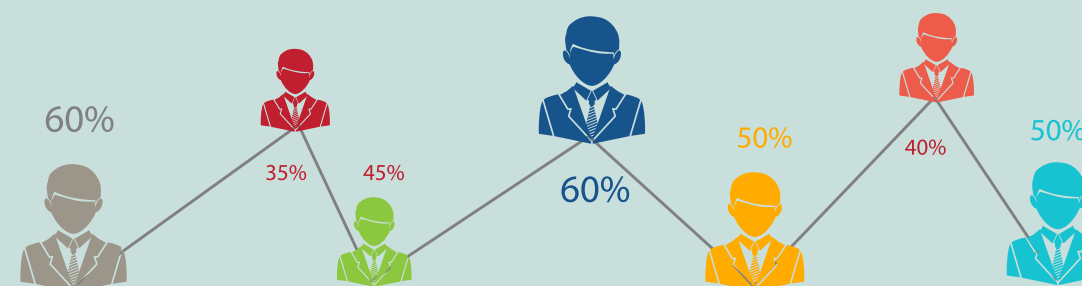
Manche Kommunen erheben den Migrationshintergrund nicht mehr, sondern nutzen die SGB II Quote. Ist das besser? Gleichzeitig ist dies ja auch wieder ein Fokus auf eine Gruppe...

Aus der Nummer, dass man Gruppen für eine Statistik bildet, kommt man nicht heraus, dabei ist der SGB II Bezug wichtiger als der Migrationshintergrund. Ein Proxy (Variable, über die man sich indirekt einer Messung annähert) für die von Armut betroffene Menschengruppe wäre beispielsweise die Lehrmittelbefreiung. So könnte man durch diesen Proxy in noch tiefere Analysen gehen.

Und dann könnte man diese noch einmal differenzierter anschauen, welche davon beispielsweise von Rassismus betroffen sind. Man kann von Rassismus und zugleich von Armut betroffen sein, das Kind erfährt dann mehrfache Benachteiligung. Eine südafrikanische Gastprofessorin hat wahrscheinlich andere Ressourcen, ihre Tochter gegen dumme Sprüche in der Kita zu wappnen, als eine Somalierin ohne Ausbildung, die bei McDonalds Burger wendet. Auf keinen Fall sind beide aber deckungsgleich. Das Armutproblem wird momentan zu einem Ausländerproblem erklärt und auf diese Weise umdefiniert.

Also im Grunde genommen muss man vom Begriff „Migrationshintergrund“ wegkommen, um zu schauen: welche Menschen, welche Kinder sind von Armut betroffen und wer wird wie diskriminiert, um entsprechende Maßnahmen für gleiche Teilhabechancen zu initiieren. So kann sicherlich auch der Fokus und der problembehaftete Diskurs über Migration verschoben und ressourcenorientierter genutzt werden.

Um Bildungsgerechtigkeit zu fördern, muss die Herkunft der Kinder weniger Bedeutung bekommen, also egal, ob es jetzt die nationale Herkunft ist oder die soziale Herkunft und das Bildungsniveau der Eltern. Die Berücksichtigung der lebensweltlichen Mehrsprachigkeit der Kinder ist beispiels-



weise eine große Baustelle. Es wird zu wenig anerkannt, dass Kinder eben nicht nur mit Deutsch, sondern auch mit anderen, weiteren zu Hause gesprochenen Sprachen, aufgewachsen sind und dementsprechend eine andere Sprachlernbiografie haben. Dies kann phasenweise auf Kosten der deutschen Sprachkompetenz gehen, dafür hat das Kind aber noch weitere Wortschätze, die aber in der Schule unsichtbar bleiben. Man muss sich die Frage stellen: Warum wird das nicht als Ressource wahrgenommen oder als ein alltäglicher Normalzustand der Mehrsprachigkeit in einer diversen Schulklasse.

Wenn wir die Variable „Migrationshintergrund“ abschaffen, was kann es dann für andere Kategorien geben?

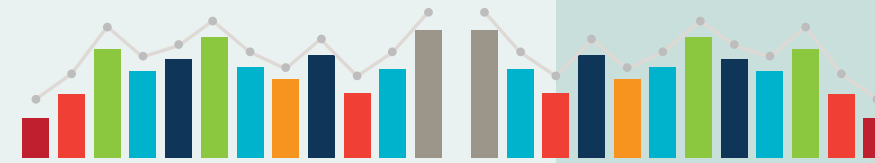
Wichtig wäre es aus meiner Sicht, von der globalen, bürokratischen Fremdzuschreibung „Migrationshintergrund“ wegzukommen. Dies könnte auf kommunaler Ebene in Kooperation von Bildungs- und Integrationsausschüssen geschehen, die partizipatorisch Formulare entwickeln, über die die Schulkdaten anonym und freiwillig erhoben werden und in dem sich die Menschen selber beschreiben können. Bei Kindern bis zwölf Jahren würden das die Eltern übernehmen. Entscheidende Fragen könnten sein: Was ist ihre kulturelle Zugehörigkeit? Gibt es mehrere? Oder werden sie manchmal als fremd oder nicht deutsch wahrgenommen in die-

sem Land? Und es käme dann auch noch Geschlecht und Religion hinzu. Das muss mit dem Datenschutz gut abgesichert sein.

Was macht diese Daten so sensibel?

Das Thema Datenschutz ist an dieser Stelle wichtig. Man muss sich deshalb die Frage stellen, ob die amtliche Statistik Personen mit und ohne Rassismuserfahrungen unterscheiden sollte, weil das dann auch interessante Daten beispielsweise für rechte Parteien wie die AFD sind. Wenn die nach diesen Daten fragen, müssen sie geliefert werden. Auch wenn diese dann vielleicht für Zwecke herangezogen werden, für die man das eigentlich vermeiden möchte. Deshalb sollten Datenschützer auf jeden Fall mit an den Tisch geholt werden, denn Datenschutz ist in erster Linie als Diskriminierungsschutz gedacht und gleichzeitig sollte Statistik den alltäglichen Diskriminierungsgefahren aber auch Sichtbarkeit geben. Das hängt eng zusammen.

„Datenschutz ist in erster Linie als Diskriminierungsschutz gedacht und gleichzeitig sollte Statistik den alltäglichen Diskriminierungsgefahren aber auch Sichtbarkeit geben. Das hängt eng zusammen.“





Bildung für nachhaltige Entwicklung

Potentiale für eine (jugend)gerechte Kommune



Ritter Mike Müller im Kampf gegen den Plastikmüll im Meer.



Was ist eigentlich BNE?

BNE ist die Abkürzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Gemeint ist eine Bildung, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt. Sie ermöglicht jedem Einzelnen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

BNE-Themen sind u.a. Klimaschutz, Globalisierung, verantwortungsvoller Konsum, kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit.

www.bne-portal.de

Als Daniel Zimmermann mit 16 Jahren zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen durfte, schaute er sich in seiner Kommune unter den etablierten Parteien um. Er fragte sich: Wer würde wohl seine Anliegen und die Interessen der Jugendlichen am besten vertreten? So richtig überzeugend fand er nicht, was er sah. Kurz entschlossen gründete er mit Freunden seine eigene Partei. Sie nannten sich PETO (lat.: ich fordere), machten Wahlkampf für bessere Busverbindungen, mehr Fahrradwege und erweiterte Öffnungszeiten der Jugendclubs – und nach der Wahl zogen tatsächlich ein paar 18-Jährige in den Mohnheimer Stadtrat ein.

Wie aus dem Schüler Daniel Zimmermann der jüngste Bürgermeister Nordrhein-Westfalens und wie durch ihn aus einer hochverschuldeten Kommune eine Stadt mit sprudelnden Steuereinnahmen wurde – das lässt sich heute in zahlreichen Interviews mit dem bundesweit bekannt gewordenen Stadtoberhaupt nachlesen. Was in Monheim am Rhein im Kreis Mettmann geschah, ist ein gelungenes Beispiel für Demokratie, Partizipation von jungen Menschen und nicht zuletzt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einer Kommune.

Kinder- und Jugendbeteiligung – ein „Paradebeispiel für BNE“

Im Kreishaus Mettmann haben sich Rebekka Zink, Teresa Garschagen aus dem Regionalen Bildungsbüro und Sandra Hecker vom Kreisintegrationszentrum (KI) zusammen-

gesetzt. Sie möchten darüber sprechen, wie sich BNE im gesamten Kreis strukturell verankern lässt, damit Partizipation keine Eintagsfliege bleibt oder auf die Erfolgsgeschichte einer einzigen Person oder Stadt reduziert wird. Dass BNE sinnvoll und notwendig ist, davon sind die drei Mitarbeiterinnen überzeugt. „Wir sind der Meinung, dass Kinder- und Jugendbeteiligung ein Paradebeispiel für BNE ist. Gerade junge Menschen müssen in ihrer Gestaltungskompetenz geschult werden. Wir müssen Ihnen Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen und sie wirkmächtig machen, und zwar bevor sie wahlberechtigt sind. Außerdem kann die ältere Generation von den neuen Blickwinkeln der Jugend lernen.“

Erfrischend kindgerecht wirkt das Wimmel-Poster von Jacques Tilly „Kreis Mettmann – wir sind das Neanderland“. Rebekka Zink zeigt auf die farbig gemalten Namen der Kommunen. „Jugendbeteiligung ist in allen zehn kreisangehörigen Städten vorhanden, etwa als Jugendparlament bzw. Jugendrat. In den Stadtverwaltungen gibt es dafür pädagogische Fachkräfte, die für die Jugendlichen zur Verfügung stehen.“ Teresa Garschagen ergänzt: „Im Projekt ‚Demokratie leben!‘ wird ein kreisweites Jugendforum eingerichtet, um Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit von Jugendlichen für Jugendliche zu fördern, auch das ist BNE. Das Bundesprogramm ist bei uns übrigens an das Kreisintegrationszentrum angedockt.“

Mit den Augen junger Menschen ist das Wimmel-Poster „Kreis Mettmann – wir sind das Neanderland“ gezeichnet.



BNE lebt in jeder Kommune

Man versteht: Wer sich mit BNE beschäftigt, muss das Rad nicht neu erfinden. Zwar ist die Abkürzung BNE noch längst nicht in aller Munde, aber Bildung für nachhaltige Entwicklung lebt in jeder Kommune des Kreises – lauter oder leiser, leicht greifbar oder stärker verzweigt, kostenneutral oder mit Ressourcen angereichert. Das Label „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ lässt

Aus dem Jugendrat der Stadt Erkrath im Kreis Mettmann kommt nun auch die Initiative, aus den vorhandenen kommunalen Jugendvertretungen eine kreisweite Jugendvertretung zu etablieren. Das klingt gut, aber wie politisch sind die 13- bis 17-jährigen jungen Menschen eigentlich? Lassen sie sich für Kommunalpolitik interessieren? Haben sie neben Schule, Freizeit und Ausbildung noch Lust und Energie, sich für ihr Lebensumfeld einzusetzen und Ta-

„Für Unfairness und Ungerechtigkeiten sind Jugendliche sehr sensibel.“

Teresa Garschagen

sich BNE ebenso zuordnen wie das Profil der Schulen, die sich UNESCO-Schulen nennen dürfen. Aufgabe der hauptamtlichen BNE-Akteurinnen und Akteure ist es, einen Überblick zu gewinnen, Vorhandenes sichtbar zu machen, zu vernetzen und Synergieeffekte zu erzeugen. „Und dabei werden wir sehr kreativ, zumal wir in der Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen gute Erfahrungen machen“, resümiert Rebekka Zink.

gesondnungen in Sitzungsräumen abzuarbeiten? „Absolut, sie sind politisch sensibel und leicht ansprechbar. Das liegt natürlich auch an der Präsenz von Typen wie Donald Trump und dem Youtuber Rezo, an Themen wie Hambacher Forst, Brexit und der Tragödie ertrinkender Menschen im Mittelmeer. Für Unfairness und Ungerechtigkeiten sind Jugendliche sehr sensibel“, berichtet Teresa Garschagen von ihren Erfahrungen.

Inzwischen fand ein Treffen des Landrats Thomas Hendele mit Jugendlichen statt, um die Umsetzung eines Jugendparlaments zu planen. Anne Herchen (Mitglied im Jugendparlament der Stadt Hilden), Fabian Lamshöft (Sprecher des Jugendrates der Kreisstadt Mettmann), Lennard Ehlers (stellv. Vorsitzender der Stadt-Schülervertretung Langenfeld und Robin Sachs (Mitglied im Jugendrat der Stadt Erkrath) wollen mit dem Jugendparlament vor allem die Vernetzung und den Austausch untereinander bzw. die Koordinierung der städtischen Jugendräte sowie das Aufgreifen kreisweiter Themen (beispielsweise ÖPNV, Schulangelegenheiten) fördern.

Der Kreis Mettmann hat ein offenes Ohr für Jugendliche. Landrat Thomas Hendele, Vorsitzender des Kreistages, hört ihnen aufmerksam zu. Anne Herchen, vom Jugendparlament der Stadt Hilden, Fabian Lamshöft, vom Jugendrat der Stadt Mettmann, Lennard Ehlers von der Stadt-Schülervertretung Langenfeld und Robin Sachs vom Jugendrat der Stadt Erkrath sind im Kreishaus zu Gast.



Lerncluster „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Transferagentur NRW

Von 2017 bis Oktober 2019 trafen sich Mitarbeiter*innen aus neun Regionalen Bildungsbüros Nordrhein-Westfalens, um sich dreimal jährlich im Lerncluster der Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auszutauschen und zu vernetzen. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie BNE in der formalen und non-formalen Bildung entlang der Bildungskette in Kommunen aufgegriffen und umgesetzt werden kann. Praxisrelevante Herausforderungen sowie erprobte Lösungen in der kommunalen Arbeit wurden untereinander vorgestellt und gemeinsam – mit Einbezug weiterer Bildungsakteure aus den verschiedenen Bildungsbereichen – diskutiert. Das Lerncluster BNE wurde von der Transferagentur NRW in enger Zusammenarbeit mit der BNE-Agentur NRW ausgerichtet.

Teilnehmende Kommunen:

StädteRegion Aachen, Kreis Coesfeld, Stadt Düsseldorf, Ennepe-Ruhr-Kreis, Stadt Herne, Kreis Mettmann, Kreis Recklinghausen, Stadt Remscheid, Kreis Warendorf

Kinder und Jugendliche brauchen einen guten Nährboden

konkret: oft fehlen gute Beziehungen zu Lehrer*innen oder anderen Erwachsenen.

Christian Kattenbeck im knapp 60 Kilometer entfernten Bildungsbüro in Herne umreißt seine Aufgaben in einem einzigen schlichten Satz: „Wir erfinden nichts, wir verbinden“. Damit ist er strategisch ganz nah bei seinen Kolleginnen im Kreishaus Mettmann, die sich ebenfalls als Administratorinnen eines Netzwerkes verstehen. Anders als in Mettmann hat Herne jedoch grundsätzlich andere Ausgangsbedingungen in Bildungsprozessen. 31,8 Prozent der Kinder unter 15

„Wer sich nicht wohl fühlt, hat ein größeres Risiko, im Unterricht nicht mitzukommen, weil er sich nicht richtig konzentrieren kann. Das ist der Beginn von fehlender Chancengerechtigkeit – und das ist ungerecht“, fasst Kattenbeck eine Folge des Studienergebnisses für die Kinder und Jugendlichen selbst, aber auch für die Stadtgesellschaft zusammen. Anders gesagt: Sensibilität für Unfairness und Ungerechtigkeit, wie sie Teresa Garschagen bei Kindern und Jugendlichen

„Wir erfinden nichts, wir verbinden.“

Christian Kattenbeck

Jahren sind auf Grundsicherung nach dem SGB II angewiesen, was NRW-weit eine der höchsten Quoten ist. Um herauszufinden, was das für Kinder bedeutet, befragt die Stadt – gemeinsam mit dem ZEFIR – die Kinder nach ihrem Wohlbefinden und fragt sie: „Wie geht es dir, UWE?“ UWE steht dabei für Umwelt Wohlbefinden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es zeigte sich, dass ein nennenswerter Teil der Schülerinnen und Schülern in den befragten Klassen 7 und 9 ein geringes Wohlbefinden haben;

beobachtet, braucht einen guten Nährboden, auf dem sie sich entfalten kann. Vor allem mit differenzierten Bildungsansätzen und -konzepten verfolgen Stadt und Kommunales Bildungsbüro eine Strategie für mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe.

Herne setzte mit der Kick-Off-Veranstaltung „Lernen! in Herne – für Nachhaltigkeit“ im Frühjahr 2018 einen offiziellen Startschuss für BNE. In dem Onlinemagazin der Stadt hatte die Bildungsdezernentin Gudrun



Willi Wurm III. im Kampf gegen Plastik.

Thierhoff im Vorfeld der Veranstaltung den Auftrag und das Engagement für BNE so beschrieben: „Die Aufgabe der Stadt und des kommunalen Bildungsbüros ist die Moderation des Themas und die zukünftige bessere Vernetzung von Anbietern und Nutzern. Wir wollen es allen, die im Bildungsbe- reich arbeiten, einfach machen, das Thema Nachhaltigkeit in ihre Arbeit einzubinden.“ (www.inherne.net; 9.4.2018)

Deshalb nimmt das Kommunale Bildungs- büro nicht nur die Bildung der Kinder und Jugendlichen in den Blick, sondern ebenso die Erwachsenenbildung, die hier einen ho- hen Stellenwert hat. Konkret zeigt sich das Engagement zum Beispiel in der Zusammen- arbeit mit der Volkshochschule (VHS). Die- ses wird für die Bürger*innen auch optisch sichtbar: Erstmals sind thematisch passen- de Veranstaltungen im VHS-Programmheft des Wintersemesters 2019/2020 mit dem BNE-Logo markiert. Herne arbeitet zudem daran, in der Stadtbibliothek mit einem Auf- steller und passender Literatur auf das The- ma aufmerksam machen zu können; Erfolge auf dem Weg, wahrgenommen zu werden.

Kurzer Perspektivenwechsel: Obwohl sich das Bildungsbüro mit BNE vor Ort beschäf- tigt, verortet Kattenbeck seine Aktivitäten nicht nur in einem kommunalen sondern auch in einem globalen Zusammenhang.

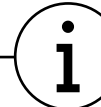


Zu den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zählen neben z. B. „Keine Armut“ (1), „Weniger Un- gleichheiten“ (10), „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ (11) auch „Gesundheit und Wohlbefinden“ (3).

Voll im Trend: Upcycling und Kosmetik ohne Mikroplastik

Stichwort Gesundheit: Wie nachhaltig un- gerecht es in manchen Bereichen unserer Gesellschaft zugeht, das zeigte im Septem- ber 2019 die Auswertung einer Studie des Umweltbundesamts. In ärmeren Familien in Deutschland haben Kinder mehr Plastik- rückstände im Körper als Kinder in Familien mit sozial hohem Status; mit Folgen für Ent- wicklungsverzögerungen, Fettleibigkeit oder Fruchtbarkeitsstörungen. Barbara Nickel aus Herne versteht das als Ansporn, in ihrem Engagement für nachhaltige Umweltbil- dung bei Kindern nicht nachzulassen. Kaum auszudenken, wenn ihr Maulwurf-Begleiter Willi Wurm III. sich von Plastikrückständen ernähren müsste! Damit das nicht passiert, hilft Mike Müller. Als Ritter auf einem See- pferdchen und mit Taucherbrille im Gesicht hat er dem Plastikmüll im Meer den Kampf angesagt.

Umweltbildung – ebenfalls eine Facette von BNE. Auf dem modernen Wertstoffhof in



Die Quellen zum Nachlesen

- » www.monheim.de/kinder-jugend/moki-monheim-fuer-kinder
- » www.herne.de/PDF/Bildung/Stadtbericht_Herne_2017.pdf
- » www.bildung.herne.de
- » www.mkffi.nrw/modellprojekt-kommunale-praeventionsketten
- » www.17ziele.de
- » www.tagesschau.de/inland/plastik-131.html
- » www.entsorgung-herne.de/umweltbildung
- » www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Wahlbeteiligung_Alter.html

Herne, der mit einer stinkenden Müllkippe nun wirklich keine Gemeinsamkeiten hat, kann sich die Umweltpädagogin Barbara Nickel kaum retten vor Anfragen. Work- shops zur Herstellung von mikroplastikfreier Kosmetik sind ruckzuck ausgebucht. Eben- so nachgefragt sind Upcycling-Kurse. Hier werden aus alten Werbebannern schicke Shopper genäht. „Nachhaltiger Konsum ist für viele Menschen zu einer coolen Sache geworden. Sie hat nichts mehr mit Verzicht und Spaßbremse zu tun“, beobachtet Barba- ra Nickel.

sich festhalten: Ist erst einmal das Interesse von Kindern und Jugendlichen geweckt und stimmen die Rahmenbedingungen, bringen sie sich gerne ein, entwickeln neue Ideen und übernehmen selbstbestimmt Verant- wortung. Ihre Begeisterungsfähigkeit ist eine wichtige Ressource, wenn es um Em- powerment dieser Zielgruppe geht. Einmal befähigt, sich selbstbestimmt zu verhalten, sind sie ermuntert, ihre eigene Welt positiv beeinflussen zu können.

„Nachhaltiger Konsum ist eine coole Sache“

Barbara Nickel

Ermutigte Kinder verbessern ihre Welt

„Wenn ich zum Beispiel mit Kindern aus Altpapier schönes buntes neues Papier ge- schöpft habe, dann achten sie beim Kauf von Schulheften auf den Blauen Engel oder drängen ihre Eltern, nur diese Hefte zu kau- fen“. Ob man es nun Empowerment oder Erfahrung von Selbstwirksamkeit nennt – hier spüren Kinder, wie sich nachhaltiger Umgang mit Ressourcen „anfühlt“, wie sie das Kaufverhalten von Erwachsenen ver- ändern können und wie wichtig sie selbst in diesem Bildungsprozess sind. Nach dem Gespräch mit der Umweltpädagogin lässt

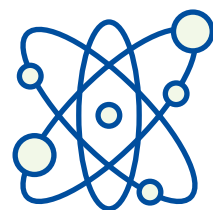
Eine solche Haltung ist nicht zuletzt ange- sichts der demografischen Entwicklung eine wichtige demokratische Ressource. Gerech- tigkeit hat schließlich auch damit zu tun, dass jüngere und ältere Menschen gleicher- maßen zu Wort kommen und ihre Interes- sen einen politischen Widerhall finden.

Reportage von Inge Michels, freie Fach- und Bildungsjournalistin, www.bildung-moderieren.de

(Bildungs-)Gerechtigkeit von Anfang an

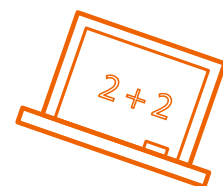
Das Krefelder „Haus der Bildung“

Die Transferagentur NRW im Gespräch mit Markus Schön, Dezernent für Bildung, Jugend, Sport, Migration und Integration und Katrin Weisker, Bildungsbüroleiterin



Das Krefelder „Haus der Bildung“

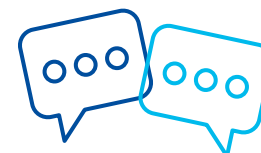
In Krefeld, der Samt und Seidenstadt, entsteht bis 2024 im Stadtteil Mitte eine neue erbaute Grundschule. Doch nicht irgendeine. Das „Haus der Bildung“ in der Hofstraße wird Kita, Grundschule und Familienzentrum vereinen. Denn die Zahlen im Stadtteil zeigen, dass es bei den 0 bis 3-jährigen Kinder einen hohen Bevölkerungszuwachs geben wird. Im Vergleich zu 2014 gab es 2018 einen Zuwachs von 20,3 Prozent. Die Statistiken zeigen aber auch, dass 49 Prozent der 3 bis 6-Jährigen im Grundsicherungsbezug leben. Das „Haus der Bildung“ möchte auf diese Herausforderungen im Bezirk reagieren, Übergänge verbessern, Kindern Freiraum bieten, Eltern einbinden und so den gesamten Stadtteil unterstützen.



Woher kam die Idee, ein „Haus der Bildung“ in Krefeld zu eröffnen? Welche Aspekte waren Ihnen dabei wichtig?

Markus Schön: Ich bin im April 2017 nach Krefeld gekommen. Zunächst war ich als Jugendamtsleiter nah an dem Programm „Kommunale Präventionskette“ dran und habe mich darüber mit der Begleitforschung beschäftigt. Diese hob besonders den Übergang Kindergarten - Grundschule als relevant für die Bildungsbiographie von Kindern hervor. In meiner Funktion als Dezernent für Bildung, Jugend, Sport, Migration und Integration gingen dann erste Gedanken dahin,

dass wir für Grundschulen und Kitas gemeinsame Konzepte benötigen. Die Diskussion in Krefeld nahm relativ schnell Fahrt auf, da wir in der nördlichen Stadtmitte eine Schule in den Blick nahmen, die seit langem Container als Unterrichtsräume nutzt. Entsprechende politische Debatten wurden geführt, wie die Stadt hier einen Schulneubau initiieren kann. Neben den Grundschulplätzen ist aber auch der Kitaplatzbedarf in Krefeld groß und so wurde die Idee geboren, Kita, Grundschule und Familienzentrum in einem Gebäude zu vereinen. Den entsprechenden Ratsauftrag haben wir dafür dann auch bekommen. Wir als Schul- und Jugendamtsverwaltung haben



uns anschließend auf den Weg gemacht und die ersten konzeptionellen Ideen im Herbst letzten Jahres erarbeitet. Ausgangspunkt, würde ich sagen, war das Programm „Kommunale Präventionskette“, aber natürlich auch das Programm „Bildung integriert“, das in der Schulverwaltung liegt. Wir haben stadtweit die Situation, dass jedes 4. Kind in Armut lebt und SGB II beziehungsweise SGB XII bezieht.

Gerade in der Innenstadt sind die Quoten noch einmal wesentlich höher. Hier gibt es Quartiere, in denen 50 Prozent der Kinder Grundsicherungsbezug erhalten. Das eine ist natürlich, was kann man akut machen, aber das andere ist, was kann man präventiv initiieren? Ich würde sagen: Bildung, Bildung, Bildung ist da das wichtigste. Ich glaube, dass das „Haus der Bildung“ mit der entsprechenden Konzeption für den Standort viel bewirken kann. So könnte das Konzept perspektivisch auch auf weitere Standorte übertragen werden.

So etwas wie das „Haus der Bildung“ gab es also bisher noch nicht in Krefeld?

Katrin Weisker: Was es natürlich gibt, ist die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen. Es gibt auch Standorte, an denen

Grundschulen und Kitas räumlich sehr nah beieinander sind. Was beim „Haus der Bildung“ geplant ist, ist allerdings eine qualitative Veränderung, denn im „Haus der Bildung“ findet alles unter dem Dach eines gemeinsam geführten Familienzentrums statt.

Kindertageseinrichtung und Schule bleiben zwar als eigenständige Institutionen bestehen. Durch die räumliche Nähe, eine pädagogische Architektur, die systematisch Raumbezüge zwischen beiden Einrichtungen herstellt, und insbesondere durch die pädagogische Zusammenarbeit im gemeinsamen Familienzentrum, werden die Voraussetzungen für eine gemeinsame Gesamtkonzeption geschaffen. Hierbei greifen wir den Gedanken aus Gelsenkirchen auf, wo gemeinsam mit der Wübben-Stiftung an Konzepten für Familienzentren an Grundschulen gearbeitet wird. Diese Entwicklung beobachten wir schon länger, mit dem Ziel, diese Konzepte für Krefeld unter anderem auch mit der Weiterentwicklung des Ganztages zu adaptieren. Bildung zusammen denken, um somit Übergänge der Kinder besser organisieren zu können, ist dabei der Anspruch. Über Familienzentren können die Eltern ganz anders begleitet und unterstützt werden. Familien können dadurch direkter erreicht sowie ihre Handlungsoptionen erweitert werden.

Letztes Jahr im Herbst starteten Sie also mit den ersten Überlegungen. In welcher Phase der Planung befinden Sie sich aktuell?

Schön: Für die Einrichtung in der Hofstraße wurde ein pädagogisches Leitkonzept erarbeitet und beschlossen. Momentan sind wir dabei, dieses Leitkonzept feiner auszuarbeiten sowie für das Gesamtkonzept zu abstrahieren. Haushaltsmittel sowie die Planungskosten wurden genehmigt. Das heißt, wir können jetzt in die konkrete Planungsphase einsteigen. Bis 2023/24 wollen wir das „Haus der Bildung“ realisiert haben. Was uns entgegenkommt, ist, dass der Stadtrat ein Schulbauprogramm für Krefeld beschlossen hat. Dieses Schulbauprogramm und die darin enthaltenen baulichen Vorgaben konnten wir gut für den Teil der Grundschule nutzen. Wie nun gemeinsame Raumsynergien zwischen Grundschule und Kita entstehen können, da stecken wir bereits in gründlichen Überlegungen. Ein gemeinsamer Zentral- und Personalbereich ist geplant, natürlich eine gemeinsame Mensa sowie möglichst viele Räume, die von Schule und Kindertageseinrichtung gemeinsam genutzt werden und einen fließenden Übergang von der Kita zur Schule ermöglichen.



Es muss aber auch Räume für die Familienzentrumsarbeit geben: für das Elterncafé, für Beratungsangebote sowie für Beratungsangebote anderer Institutionen. Es ist uns wichtig, dass mit anderen Einrichtungen – mit anderen Kitas, anderen Sozialeinrichtungen beispielsweise aus der sozialen Jugendhilfe – Kooperationen stattfinden und dass daraus ein Mehrwert für die Bevölkerung entsteht. Wir wollen damit auch Treffpunkte für das Quartier schaffen. Gerade prüfen wir die Möglichkeit, wie der Pausenhof und die Kita-Freifläche gestaltet sein müssen, damit die Menschen diese auch an Wochenenden oder in den Ferien nutzen können, um damit die räumliche Enge der Innenstadt etwas auszugleichen. Solche Synergien zu schaffen und eine Öffnungen ins Viertel liegen uns besonders am Herzen.

Sie haben erwähnt, dass es nicht bei einem Leuchtturmprojekt bleiben, sondern durch das Projekt ein Mehrwert für andere Quartiere entstehen soll. Wie wird das in der Konzeption berücksichtigt und wer ist an dieser beteiligt?

Schön: Wir haben eine Projektgruppe ins Leben gerufen, die an der pädagogischen Konzeption arbeitet – nicht nur an der des „Haus der Bildung“. Zusätzlich soll die Marke „Krefelder Haus der Bildung“ etabliert werden. Die Idee soll auch in andere Viertel übertragen werden können, wenn es um Neubauten von Grundschulen geht.

Weisker: Der Fachbereich Schule und der Fachbereich Jugend, für den meine Kollegin Frau Badberg die Ansprechpartnerin ist, haben den gemeinsamen Auftrag bekommen und haben die Projektleitung inne. Das Bildungsbüro übernimmt dabei die Geschäftsführung für die Projektgruppe. In die Projektgruppe werden Fachkräfte aus dem Kita-Bereich, die Schulaufsicht beziehungsweise die Schulen miteinbezogen, außerdem freie Träger und die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände. Verwaltungsintern kommen Vertreter*innen aus dem Bereich Migration und Integration hinzu. Das Kommunale Integrationszentrum (KI) spielt daher ebenfalls eine wichtige Rolle.

Um die Übertragbarkeit für andere Standorte zu ermöglichen, beziehen wir uns in der gemeinsamen Planung auf Musterraumprogramme. Wir bauen da kein Schloss hin, sondern wir bauen ein Gebäude, das absolut vergleichbar ist mit anderen Einrichtungen hier in der Stadt. Dass das „Haus der Bildung“ ein Gebäude ist, das eine Strahlkraft im Sozialraum besitzt, ist uns dabei sehr wichtig.

Für das „Haus der Bildung“ auch innerhalb des Dezernats so eng zusammenarbeiten zu können – wie sie es beschreiben – ist das Ihrer Meinung nach ebenfalls eine wichtige Gelingensbedingung für das Projekt?

Schön: Ja, das kann ich bestätigen. Die Zusammenarbeit klappt bei uns sehr

gut. Sie klappt außerdem immer besser, denn wir haben ja nicht nur dieses Projekt gemeinsam. Der Vorteil bei diesem Projekt ist, dass es sehr konkret ist. Denn häufig bleibt es lediglich bei einer konzeptionellen Zusammenarbeit von verschiedenen Fachbereichen. In diesem Projekt können verschiedene Expertisen einfließen und sich gegenseitig bereichern. Das merkt man. Die gemeinsamen Betrachtungen helfen dabei, Komplexität zu begegnen. Dadurch wachsen wir auch, aus organisatorischer Perspektive gesprochen, enger zusammen.

Und wozu trägt das bei? Was möchten Sie mit dem „Haus der Bildung“ erreichen?

Schön: Es ist ein Versuch, verschiedene Antworten auf bestehende Ungleichheiten zu bündeln und die Herausforderungen handhabbar zu machen. Gerechtigkeit hat ganz viel mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Gerade in der Krefelder Innenstadt, aber auch in anderen Vierteln in Krefeld, gibt es eine hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen, die im aktuellen System von Anfang an benachteiligt sind.

Mit dem Konzept des „Haus der Bildung“ versuchen wir, einige dieser Startschwierigkeiten mit unseren Möglichkeiten auszugleichen. Vieles spielt sich natürlich im Elternhaus ab. Man kann daher nur versuchen möglichst gut und mit den Eltern gemeinsam das Bestmögliche für die Kinder



Die Transferagentur NRW im Gespräch mit Markus Schön und Katrin Weisker

herauszuholen. Deswegen glauben wir, dass man die intensive Zusammenarbeit mit Eltern in den Kitas und Familienzentren in der Grundschule fortsetzen muss. Das ist natürlich eine große Herausforderung. Aber von Anfang an zu sagen, es ist schwierig, deswegen lassen wir es ganz bleiben, ist für uns keine Option. Irgendwo muss man mal anfangen.

Was soll sich also für die Menschen in Krefeld durch das „Haus der Bildung“ in Zukunft verbessert haben?

Schön: Dass Kinder, die das „Haus der Bildung“ besuchen, in ihrem weiteren Bildungsverlauf einen Schulabschluss erreichen, eine Ausbildung machen oder sich gut auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden. Das gelingt vielen Kindern nicht, die momentan im Bezirk Mitte in herausfordernden Verhältnissen aufwachsen. Und dass ihre Familien durch die kontinuierliche Unterstützung des Familienzentrums

größere Chancen erhalten, ihr Leben nach ihren Wünschen zu gestalten und hierdurch aktiv zum Gemeinwesen unserer Stadt beitragen. Das sind lange Betrachtungen zum Thema Bildungsgerechtigkeit und Kampf gegen Kinderarmut – ein Langstreckenlauf. Für mich wäre es wichtig, zu analysieren, was mit den Kindern geschieht, die das „Haus der Bildung“ besuchen: wie entwickelt sich deren Erwerbs- und Bildungsbiographie?

Auch wenn das Projekt besonders den Übergang Kita - Grundschule in den Blick nimmt, weisen Sie auf den gesamten Bildungsverlauf. Welches Potential liegt dafür im „Haus der Bildung“?

Weisker: Der Übergang in die weiterführenden Schulen stellt für Eltern und Kinder eine besondere Herausforderung dar, Bildungsgerechtigkeit ist auch hier ein zentrales Thema. Das Bildungsbüro arbeitet daher seit langem

darán, mit Grundschulen und weiterführenden Schulen Kooperationskonzepte für den Übergang zu entwickeln und Schulen und Eltern dabei zu unterstützen. Im „Haus der Bildung“ wird von Anfang an eng mit den Eltern bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder zusammengearbeitet. Auf dieser Grundlage eröffnet sich die Chance einer Gestaltung des Übergangs auch in die Sekundarstufe I, an dem Eltern als aktive Bildungspartner beteiligt sind. Hiermit verbunden ist die Hoffnung, dass sie ihre aktive Rolle auch in den weiterführenden Schulen wahrnehmen, ihre Kinder auch weiterhin tatkräftig unterstützen und so zum Bildungserfolg ihrer Kinder beitragen.

Die Fragen stellten Laura Förste und Saskia Nielen, Transferagentur NRW





Impressum

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW
Institut für soziale Arbeit e. V.
Friesenring 40
48147 Münster

E-Mail: info@transferagentur-nordrhein-westfalen.de
> www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de

V.i.S.d.P.
Johannes Schnurr

Redaktion

Laura Förste
Saskia Nielen
Dr. Mario Roland

Layout

Saskia Nielen

2019 © Institut für soziale Arbeit e. V.

Bildnachweise & Grafiken

Titel-Hintergrund: Photo by FWStudio from Pexels
S. 12 Designed by Makyzz / Freepik
S. 22-23 Markus Spiske / unsplash
S. 24-25 Designed by macrovector / Freepik
S. 32-35 Designed by iconicbestiary / Freepik

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

